



Bundeskanzleramt

POSTANSCHRIFT Bundeskanzleramt, 11012 Berlin

BDFWT  
Herrn Bundesvorsitzenden  
Dirk Fuchtmann  
Carl-von-Ossietzky-Straße 5a  
59192 Bergkamen

Frau Meyer  
Referat 431

HAUSANSCHRIFT Willy-Brandt-Straße 1, 10557 Berlin

TEL +49 30 18 400-0

AZ 431 - 593 00 - Bu 43

Berlin, 15. Mai 2018

ANLAGE 1

Sehr geehrter Herr Fuchtmann,

vielen Dank für Ihr Schreiben vom 15. März 2018 an Frau Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel und an Herrn Bundesminister Dr. Helge Braun, in dem Sie auf den Gesetzentwurf des Bundesrates für ein Rüstungsaltslastenfinanzierungsgesetz eingehen. Ich bin gebeten worden, Ihnen zu antworten.

Die Bundesregierung widmet der Rüstungsaltslastenproblematik seit jeher hohe Aufmerksamkeit. Sie unterstützt die Bemühungen der Länder bei der Bewältigung der Problematik von Rüstungsaltslasten schon seit Jahren durch erhebliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Programmen und Vorhaben. Ihrem Anliegen, den Gesetzentwurf des Bundesrates zu unterstützen, kann jedoch nicht entsprochen werden, da dieser aus Sicht der Bundesregierung abzulehnen ist. Das Bundeskabinett hat am 18. April 2018 eine entsprechende Stellungnahme zum Gesetzentwurf des Bundesrates beschlossen.

Einzelheiten zur Begründung der Ablehnung durch die Bundesregierung können Sie der Bundestagsdrucksache 19/1718 entnehmen, die ich in Kopie als Anlage beigefügt habe.

Ich bitte um Verständnis, dass ich Ihnen keine andere Mitteilung geben kann.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Meyer